

Schluss mit Sklaverei in Libyen

Die Lage in den Lagern von Migranten in Libyen ist weiterhin katastrophal. Der Sender CNN zeigte kürzlich Bilder einer mutmaßlichen Sklavenauktion. Vor dem EU-Afrika-Gipfel in der nächsten Woche machen die Herkunftsländer der Migranten nun Druck und nehmen Europa dabei in die Pflicht.

Von Stefan Ehlert



Guineas Präsident Alpha Condé (links, hier mit dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron), der auch der Afrikanischen Union vorsteht, will die Europäer mit in die Pflicht nehmen, Sklavenhandel in Libyen zu unterbinden. (AFP / Philippe Wojazer)

Die Empörung beschränkt sich nicht auf soziale Netzwerke. In Malis Hauptstadt Bamako gingen Menschen in dieser Woche auf die Straße, um gegen die systematische Misshandlung von Afrikanern in Libyen zu demonstrieren. Ihr Motto: Nein zur Sklaverei in Libyen.

"Wir wussten ja schon, dass unsere Landsleute, unsere Brüder und Schwestern, misshandelt wurden, wir wussten schon dass sie vor Lampedusa starben, wir wussten schon, dass sie verkauft wurden. Aber so, das war wirklich wie ein Elektroschock."

CNN zeigte Bilder einer mutmaßlichen Sklavenauktion

Ein Demonstrant im Radiosender Medi1. Die Bilder einer mutmaßlichen Sklavenauktion in Libyen, vor zehn Tagen ausgestrahlt von CNN, halten die meisten für glaubwürdig. Man habe es geahnt, vielleicht auch gewusst aus den Erzählungen der Migranten, die die libyschen Lager überlebt hätten. Auf YouTube kursiert die Aussage eines Kameruners, der sagt, er selbst sei in Libyen verkauft worden, habe aber noch viel Schlimmeres erlebt:

"Il'y a pire que ca, j'étais vendu."

"Nous sommes ici pour interpellier les dirigeants africains ..."

Afrikas Regierungen, sagte ein Demonstrant in Bamako, müssten endlich aufwachen, die Opfer aus Libyen befreien und die Täter zur Rechenschaft ziehen.

Afrikas Staatslenker nehmen Europa in die Pflicht

Zahlreiche Prominente erhoben die Stimme, darunter die ivoirischen Musiker-Legenden Alpha Blondy und Tiken Jah Fakoly, auch Fußballstars von Didier Drogba bis Paul Pogba solidarisierten sich mit den Opfern der libyschen Verhältnisse.

Als Reaktion auf den anhaltenden Protest haben einige Länder Westafrikas ihre Botschafter aus Tripolis abberufen, darunter Mali, Burkina Faso und Niger. Auch häuften sich in dieser Woche Meldungen über Menschen, die aus Libyen gerettet und nach Westafrika gebracht wurden.

Jetzt nehmen Afrikas Staatslenker Europa in die Pflicht. Nigers Präsident Issouffou verlangte als erster, dass die Menschenrechtsverletzungen in Libyen nächste Woche in Abidjan besprochen werden müssten, beim Gipfeltreffen europäischer und afrikanischer Regierungschefs. Außerdem forderte er den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag auf, Ermittlungen einzuleiten, denn Sklaverei sei ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Verhandlungen könnten für Europa schwierig werden

Ungewöhnlich scharfe Worte wählte der Präsident der Afrikanischen Union, Guineas Staatschef Alpha Condé. Im Gespräch mit dem panafrikanischen Kanal Vox Africa sagte er:

"Wir werden auf der Ebene der Afrikanischen Maßnahmen ergreifen, um die Länder zu zwingen, die das erlaubt haben, dem ein Ende zu setzen."

Die Länder, die das erlaubt haben, sollen einschreiten, sagt AU-Präsident Condé. Für das Chaos und die Verbrechen in Libyen macht er offensichtlich die Europäer mitverantwortlich – ihnen dürften in Abidjan kommende Woche möglicherweise schwierige Verhandlungen bevorstehen.

Frankreich hat bereits reagiert

Frankreich hat bereits Entgegenkommen signalisiert. Paris beantragte eine Dringlichkeitssitzung des Sicherheitsrates und drohte Libyen mit Sanktionen. Schon vor einem Jahr berichteten deutsche Diplomaten von unsäglichen Verhältnissen in den Flüchtlingslagern Libyens. Rückkehrer sagen, verbessert habe sich die Lage der Migranten dort seitdem nicht, selbst Tiere würden besser behandelt.